

*Dr. Reiner Bernstein
Viktor-Scheffel-Str. 5
D – 80803 München*

*Tel. 089/34 01 95 20
Fax 089/34 01 95 21
Mobile 0173/39 22 852/4
Email: mail@reiner-
bernstein.de*

München, 06. August 2012

Management statt Strategie in der internationalen Israel-Politik

Die Auswege aus dem israelisch-palästinensischen Konflikt im Rahmen einer Zwei-Staaten-Ordnung sind versperrt. Die Osloer Vereinbarungen von 1993 und 1995 scheiterten an der asymmetrischen Machtverteilung. An mathematischer Logik orientierte Angebote à la „Road Map“ von 2003 haben keine Wirkung entfaltet, und die israelisch-palästinensische Genfer Initiative vom selben Jahr wurde von den Regierungen nicht ernstgenommen. Gleichwohl hält die internationale Diplomatie an der Forderung nach einem Staat Palästina fest, obgleich sie seitens der israelischen Politik trotz der Bestimmung in Artikel 31 (7) der Interimsvereinbarung („Oslo II“), wonach keine Partei den Status der Westbank und des Gazastreifens vor Abschluss der Verhandlungen im Mai 1999 verändern darf, regelmäßig desavouiert wird.

Über die mangelnde Vertrautheit mit den Antriebskräften vor Ort ist die Kontrolle über die eigene Politik verlorengegangen. Im November 2009 soll ein israelischer Minister der Autonomiebehörde erklärt haben, dass niemand aus dem Mitchell-Team¹ wirklich verstehe, was

¹ Nach der Konferenz in Sharm El-Sheikh Mitte Oktober 2000 wurde der ehemalige US-Senator George Mitchell mit der Leitung einer internationalen Kommission betraut, um die Ursachen der gerade ausgebrochenen zweiten „Intifada“ zu ergründen und Empfehlungen für ihre Beendigung zu entwickeln. Diese wurden am 21.05.2001 mit der Aufforderung erstens an die Palästinenser vorgelegt, die Gewalt zu stoppen, während zweitens die Israelis für die Normalisierung des Lebens der palästinensischen Bevölkerung sorgen sollten. Eine ähnliche Umkehr von Ursache und Wirkung findet sich im Vorspann der „Road Map“.

hier vor sich gehe². Mehrere Sondergesandte sind in der Region unterwegs, die Siedlungsaktivitäten werden akribisch notiert, die Berichte der Botschaften lassen nichts zu wünschen übrig, und die EU-Missionschefs zeigten sich jüngst erneut „tief enttäuscht“, als die palästinensische Handelskammer und das Orient House in Ost-Jerusalem geschlossen blieben. Noch im Mai 2011 hatte Barack Obama gehofft, dass die nationale Eigenständigkeit der Palästinenser den demokratischen Impulsen in ihrer Gesellschaft Auftrieb geben, brachliegende Energien freisetzen und damit künftig die internationalen Transferleistungen reduzieren würden. Seither hat das diplomatische Tagesgeschäft wieder Einzug gehalten.

Über das Krisenmanagement, die Hilfen beim Aufbau von Institutionen sowie die Schritt-für-Schritt-Ansätze wurden politische Abschlussregelungen vernachlässigt, obwohl Schrittfolge nicht den Verzicht auf Zeitleisten bedeuten muss. Von dem amerikanischen Philosophen George Santayana (1863 – 1952) ist die Einschätzung überliefert, dass technische Anstrengungen üblicherweise verdoppelt würden, wenn das Ziel aus den Augen geraten sei³. Im Juli 2012 verhandelten die Europäer mit Israel über die weitere Aufwertung der Beziehungen, während nach jüngsten Angaben des „UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs“ (OCHA) rund 18 Prozent der Westbank für militärische Trainingszwecke verschlossen sind. Nachrichten wie diese haben im israelischen Außen- und Verteidigungsministerium Überlegungen ausgelöst, OCHA-Mitarbeitern die Erteilung von Einreisevisa zu erschweren und ihre Bewegungsfreiheit einzuschränken.

Vermeintlich schwache Parteien finden immer Mittel und Wege, sich auswärtigen Vorstellungen und Interessen zu entziehen, weil sie am

² „International Crisis Group“: Tipping Point? Palestinians and the Search for a New Strategy. „Middle East Report“ No 95, 26 April 2010.

³ Reiner Bernstein: Aussitzen in Nahost? Eine Region zwischen Dynamik und Stagnation. Eine Analyse, in „Jüdische Zeitung“ (Berlin) September 2010, S. 9.

längeren Hebel sitzen. Jedes Mal, wenn US-Außenminister James Baker Anfang der 1990er Jahre zu einer Vermittlungstour in die Region reiste, kam er mit zwei neuen Siedlungen zurück, hieß es in Washington spöttisch. 2010 sah die „International Crisis Group“ das US-Ansehen in der Region im freien Fall⁴.

Derselben Einschätzung gab Rashid Khalidi an die Adresse der palästinensischen Führung Raum⁵. Haydr 'Abd al-Shafi, Repräsentant des palästinensischen Teams in der gemeinsamen Delegation mit Jordanien bei der internationalen Friedenskonferenz in Madrid (30.10.-01.11.1991), hatte frühzeitig beklagt, dass Yasser Arafat bei den Verhandlungen um die Osloer Vereinbarungen Israels Anspruch auf die besetzten Gebiete nicht thematisierte, so dass sich dessen Standpunkt durchgesetzt habe, die Besatzung sei rechtens⁶.

Die im folgenden Text herangezogene Literatur belegt in ihrer Breite, wie kritisch israelische Autoren die Politik ihres Staates bewerten und wie dramatisch jüdische Diplomaten und Publizisten in den USA die Herausforderungen einschätzen, wenn Washington im Nahen Osten ernst genommen werden will. Während Martin Indyk, Daniel C. Kurtzer, Aaron David Miller, Robert Malley und Dennis Ross – in arabischen Augen die „fünf Rabbiner“⁷ – sowie Daniel Levy⁸ strikt

⁴ „International Crisis Group“: Curb Your Enthusiasm: Israel and Palestine After the UN. „Middle East Report“ No 112, 12 September 2011.

⁵ Rashid Khalidi: Palestine: Liberation Deferred, in „The Nation“ 26.05.2008. Der Autor lehrt Arabische Studien an der Columbia University.

⁶ The Oslo Agreement. An Interview mit Haydr 'Abd al-Shafi, in „Journal of Palestine Studies“ # 89, XXIII(Autumn 1993)1, S. 14 ff.

⁷ Martin Indyk: Innocent Abroad. An Intimate Account of American Peace Diplomacy in the Middle East. New York et al. 2009, S. 25. Indyk war zwischen 1995 und 2001 zwei Mal Botschafter in Tel Aviv. Er arbeitet heute an der „Brookings Institution“.

⁸ Der britisch-israelische Doppelstaatsbürger Daniel Levy war der Rechtsexperte im israelischen Team der Genfer Initiative und arbeitet heute als Ko-Direktor der „Middle East Task Force“ bei der „New America Foundation“.

Diplomatie-bezogen argumentierten, musste der seit den 1980er Jahren in den Diensten mehrerer Präsidenten stehende Dennis Ross bei Palästinensern und Arabern mit dem Vorwurf leben, dass er seiner jüdischen Identität ein größeres Gewicht als den Interessen Washingtons im Nahen Osten beimesse⁹.

Selbstkritik an verschlepptem Handeln

Wie die Zusage deutscher Staatsräson hat die axiomatische Allianz der USA mit Israel den Frieden keinen Schritt nähergebracht. Umgekehrt steht das politische Vertrauen Jerusalems in die Washingtoner Administration periodisch auf der Kippe, wären da nicht die Zuverlässigkeit der Waffenlieferungen sowie die jüdische und evangelikale Lobby. Während Benjamin Netanjahu nicht davor zurückschreckte, sich jede amerikanische Einmischung zu verbitten, verglich der israelische Wissenschaftsminister Daniel Hershkowitz Washingtons Ansinnen, das natürliche Wachstum rechtfertige keine Erweiterung der Siedlungen, mit dem Befehl des Pharaos, alle erstgeborenen Söhne im Nil zu ertränken¹⁰.

Die amerikanische Diplomatie hat in den eigenen Reihen scharfe Kritik gefunden. „*Wir hatten nie einen ehrlichen Gedankenaustausch mit den Israelis*“, beklagte sich Aaron David Miller nach 25 Jahre langer Tätigkeit im State Department als bittere persönliche Bilanz und verwahrte sich gegen eine „*carte blanche*“ für Israel¹¹. Für Daniel C. Kurtzer und Scott B. Lasansky lief die rücksichtslose Solidarität mit Israel auf einen strategischen Eskapismus hinaus, der sich

⁹ Dennis Ross: *The Missing Peace. The Inside Story of the Fight for the Middle East*. New York 2004, S. 7.

¹⁰ „International Crisis Group“: *Israel's Religious Right and the Question of Settlements*. „Middle East Report“ No 89, 20 July 2009, S. 376.

¹¹ Aaron David Miller: *The Much Too Promised Land. America's Elusive Search for Arab-Israeli Peace*. New York 2008, S. 252 + 376.

letztendlich für diesen Staat als lebensgefährlich erweisen könne¹². Die Aufforderung „*Besser eine Politik ohne einen Gesandten als ein Gesandter ohne Politik*“ zu betreiben, verbanden beide Autoren mit dem Appell, in Washington die intellektuellen Kräfte zu bündeln und die Kompetenzen zwischen dem Weißen Haus und dem State Department neu zu verteilen.

Als „*amateurhaft*“ tat Daniel Levy die Nahostpolitik Washingtons ab¹³. „*Einfältig im Ausland*“ betitelte Martin Indyk sein Buch, in dem er die konzeptionellen Schwächen und die politische Hilflosigkeit von Bill Clinton bis George W. Bush geißelte. Neben den „*Doppeldeutigkeiten*“ entdeckte der Autor eine durchgängige „*Naivität*“, eine „*treuherzige Schlichtheit*“, eine grandiose „*Torheit*“, einen unverständlichen „*Illusionismus*“, haarsträubende „*Versäumnisse*“ sowie schwere taktische „*Mängel*“. Jede Lockerung des diplomatischen Momentum öffne den Spielern Tür und Tor, Schlimmstes zu tun, zeigte sich Indyk überzeugt¹⁴.

Israels neues sakrales Selbstverständnis als Absage an das internationale Besatzungsrecht

2009 lebten von den 289.000 Siedlern 31 Prozent in ultraorthodoxen, 22 Prozent in nationalreligiösen, 15 Prozent in säkularen und 32 Prozent in gemischten Siedlungen¹⁵. Inzwischen ist der Anteil der

¹² Daniel C. Kurtzer and Scott B. Lasansky: *Negotiating Arab-Israeli Peace. American Leadership in the Middle East*. Washington, D.C., 2008. Kurtzer war zwischen 1997 und 2001 US-Botschafter in Kairo sowie zwischen 2001 und 2005 Botschafter in Tel Aviv. Lasansky war Leitender Forschungsmitarbeiter am „United States Institute for Peace“. Miller in „*The Much Too Promised Land*“, a.a.O., S. 205, berichtete, dass Kurtzer von Dennis Ross 1994 im State Department „*abgeschaltet*“ wurde.

¹³ Daniel Levy: *On U.S. Middle East Policy and Amateurism*, in „*Washington Post*“ 06.11.2009.

¹⁴ Martin Indyk: *Innocent Abroad*, a.a.O., passim.

¹⁵ „*International Crisis Group*“: *Israel's Religious Right*, a.a.O.

„*Haredim*“, der Gottesfürchtigen (Gen. 6,2), und der „*Hardelim*“, der Anhänger aus der Verbindung von Religion und Nationalismus („*Haredim le‘umiim*“), weiter gewachsen. Im Sommer 2012 überstieg die Siedlerbevölkerung in der Westbank erstmals die Grenze von 350.000, hinzu kamen 300.000 in Ost-Jerusalem. Die staatlichen Investitionen für die Siedlungen in der Westbank beliefen sich im vergangenen Jahr – ohne die immensen Ausgaben für die Sicherheit – auf 1,1 Millionen Neue Shekel (rund 250 Millionen Euro). Spätestens wenn die Ausgaben für die Besatzung zu teuer werden und die Sozialproteste die politische Kernfrage stellen, wird sich auch die Staatengemeinschaft vor der Herausforderung sehen, ob sie ihre Zustimmung zum eindimensionalen Sicherheitskonzept Israels durch vermehrte Hilfen kompensieren will. Im Gegensatz zum Irak-Krieg hat keine UN-Resolution das Besatzungsrecht für die palästinensischen Gebiete aufgegriffen¹⁶.

Wie die hierzulande übliche Unterscheidung zwischen säkularen und religiösen Menschen im gesamten Nahen Osten nicht trägt, so ist auch für den israelisch-palästinensischen Konflikt die Behauptung abwegig, dass *„die überwältigende Mehrheit auf beiden Seiten Frieden wünscht und den Gedanken einer Zwei-Staaten-Lösung unterstützt“*¹⁷. Einleuchtender ist die These, dass die jüdischen Israelis ihre Religiosität als *„package deal“* in säkularen und religiösen Kategorien definieren, wobei die religiösen Anteile überwiegen.

„[D]er Staat Israel bildet nicht länger den Sieg einer partikularen (nationalistischen) jüdischen Blickrichtung ab, sondern ist zu einem

¹⁶ Eyal Benvenisti: The International Law of Occupation. Princeton 1993, S. xiii f. Der Autor lehrt Völkerrecht an der Universität Tel Aviv.

¹⁷ Heinrich Böll Stiftung: Internationale Sicherheitsgarantien auf dem Weg zu einer endgültigen Übereinkunft über eine Zwei-Staaten-Lösung Israel / Palästina. Berlin, März 2012.

breiten und definitiven Forum für den Kampf um die Zukunft von Juden und Judentum geworden“, ist zutreffend festgestellt worden¹⁸.

In den 1970er Jahren, zu Zeiten der Arbeitspartei, sei ihr Minister Israel Galili *„der intellektuelle Kopf hinter den Leitlinien der schleichenden Annexion der Westbank“* gewesen¹⁹. Abba Eban, von Yitzhak Rabin als Außenminister 1974 abgelöst und durch Yigal Allon ersetzt, hielt vergeblich dagegen²⁰. Im Mai 2011 sprachen sich 66 Prozent der erwachsenen Israelis gegen eine künftige Hauptstadt Palästinas in irgendeinem Teil Jerusalems aus, und 73 Prozent verwarnten sich gegen eine internationale Kontrolle der heiligen Stätten in „Judäa und Samaria“ im Zuge eines Friedensvertrages.

Die Frage nach der ideologischen und funktionalen Bedeutung von Judentum und Staat hat sich zu einer *„normativen Dualität“* entwickelt, wobei das jüdische Recht (*„Halakha“*) als ein monistisches System die Geschichte überwölbt und als *„ein echtes existentielles Problem“* die Gesellschaft wie ein *„schwerer Schatten“* begleitet²¹. Der Jerusalemer Historiker Ehud Sprinzak beklagte einen

¹⁸ Aviezer Ravitzky: Religious and Secular Jews in Israel: A Kulturkampf? Position Paper E1. „The Israel Democracy Institute“. Jerusalem, December 2000. Der Autor ist Lehrstuhlinhaber für jüdische Philosophie an der Hebräischen Universität in Jerusalem.

¹⁹ Shlomo Ben-Ami: Scars of Wars, Wounds of Peace. The Israeli-Arab Tragedy. Oxford 2006, S. 140. Der Autor diente während des Dreiergipfels in Camp David (Juli 2000) in der Regierung Ehud Baraks als Außenminister.

²⁰ Abba Eban: There has to be a Palestinian state, in „The Jerusalem Post“ 06.12.1996.

²¹ Yedidia Z. Stern: State, Law, and Halakha. Part One: Civil Leadership as Halakhic Authority. Position Paper E2. „The Israel Democracy Institute.“ Jerusalem, December 2001; ders.: Facing Painful Choices. Law and Halakha in Israeli Society. Part Two. Position Paper 4E. „The Israel Democracy Institute.“ Jerusalem, March 2003; ders.: Religion and State: The Role of Halakha. Part Three. Position Paper E6. „The Israel Democracy Institute.“ Jerusalem, December 2004. Der Autor, von Hause aus Rechtswissenschaftler, ist heute stellvertretender Präsident des Instituts.

um sich greifenden „*Eliten-Illegalismus*“²². Eine gewalttätige Gesellschaft habe gewalttätige Kinder hervorgebracht, schrieb 2001 der Rechnungshof²³.

Wünsche nach einer „*Herrschaft der Torah*“ („*Mishtar Torah*“) sind laut geworden. Ein „*kosmischer Kampf zwischen Gut und Böse*“²⁴ hielt Einzug und fand in dem zwischen Verheißung und Fluch changierenden Vers vom „*Volk, das allein wohnt*“ (Num. 23,9) seinen biblischen und in den „Trennungsmauern“ seinen realpolitischen Ausdruck. Bei einer Meinungsumfrage von 2009, die erst zwei Jahre später veröffentlicht wurde, zeigten sich 70 Prozent davon überzeugt, dass die Juden das auserwählte Volk seien. 65 Prozent glaubten an die Thora und die göttlichen Gebote („*Mitzvot*“)²⁵.

„Sicherheit“ ist im israelischen Diskurs mehr als ein militärisch-strategisches Konzept. Die sakralen Begleitvorstellungen veranlassten Gabriel Sheffer, die Verbindung zwischen Religion und Staat als zentralen Faktor für das Verständnis der jüngsten Geschichte Israels herauszuheben²⁶, für seinen Kollegen Baruch Kimmerling waren die mythologischen Bindungen eine reale Potenz²⁷. Der Schlusssatz in der Unabhängigkeitserklärung „*Im Vertrauen auf den Fels Israels (Tsur Israel) unterzeichnen wir mit*

²² Ehud Sprinzak: *The Ascendance of Israel's Radical Right*. New York 1991, S. 176.

²³ Reiner Bernstein: *Von Gaza nach Genf. Die Genfer Friedensinitiative von Israelis und Palästinensern*. Schwalbach/Ts. 2006, S. 94 f.

²⁴ Motti Inbari: *Jewish Fundamentalism and the Temple Mount. Who Will Build the Third Temple?* Albany, N.Y., 2009, S. 11.

²⁵ „The Israel Democracy Institute“, Jerusalem: *A Portrait of Israeli Jews. Beliefs, Observances, and Values of Israeli Jews*, 2009.

²⁶ Gabriel Sheffer: *Has Israel Really Been a Garrison Democracy? Sources of Change in Israel's Democracy*, in „Israel Affairs“ 3(Autumn 1996)1, S. 13 ff. Der Autor ist Politologe an der Hebräischen Universität in Jerusalem.

²⁷ Baruch Kimmerling: *Between Hegemony and Dormant Kulturkampf in Israel*, in „Israel Affairs“ 4(Spring/Summer 1998)3 & 4, S. 51 ff.

unserem Namen...“ ließ die Frage zu, ob mit dem Wort das lebendige jüdische Volk oder der Gott Israels gemeint sei, und kam zu dem Schluss:

„In der religiösen Tradition bezeichnet er einen Glauben an Gott und verweist auf einen passiven Gruß an den ‚Erlöser Israels‘. Im modernen Hebräisch jedoch verweist ‚Vertrauen‘ (das hebräische Wort ist bitakhon, was auch Sicherheit bedeutet) grundsätzlich auf physische und militärische Macht²⁸.“

Nach der UN-Teilungsresolution hatte die „Jewish Agency for Palestine“ unter Führung David Ben-Gurions den Entwurf für eine Verfassung in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse blieben strittig. Denn die religiöse Orthodoxie sträubte sich gegen ein Dokument, das den Säkularismus gedient hätte, und die Mehrheitspartei Ben-Gurions zeigte kein Interesse, ihre politische Führungsrolle in Zweifel ziehen zu lassen. Als Kompensation für die *„Entscheidung, nicht zu entscheiden“* – ohne dass sich *„der Status quo als Status quo herausgestellt“* hätte²⁹ –, kam es zur Verabschiedung von elf Grundgesetzen („Basic Laws“³⁰). Im Grundgesetz „Menschliche Würde und Freiheit“ von 1992 wurde der Charakter Israels als *„jüdischer und demokratischer Staat“* herausgestellt. Darin ist *„jüdisch“* nicht nur die Verpflichtung zu einer Bevölkerungsmehrheit eingeschlossen, sondern das Attribut soll auch den Charakter des Gemeinwesens analog religiöser Prinzipien festschreiben.

²⁸ Aviezer Ravitzky: Religious and Secular Jews, a.a.O.

²⁹ Daphne Barak-Erez: Law and Religion Under the Status Quo Model: Between Past Compromises and Constant Change, in „Cardozo Law Review“ 30(2009)6, S. 2495 ff.; dies.: Religion and the Secular State—An Israeli Case Study, via www.juridicas.unam.mx/wccl/ponencias/11/329.pdf. Die Autorin hat den Lehrstuhl für Recht und Sicherheit an der Universität Tel Aviv inne.

³⁰ Grundlegend für die verfassungsrechtliche Entwicklung ist nach wie vor die Arbeit von Albrecht Gundermann „Die Rolle des Obersten Gerichtshofs bei der Entwicklung der israelischen Verfassung“. Baden-Baden 2002. Der Begriff „Basic Law“ wurde in bewusster Anlehnung an das deutsche Grundgesetz übernommen.

Für den früheren Außenminister Shlomo Ben-Ami bildete 1967 eine „*Wasserscheide im Leben der Israelis in meiner Generation. Der Zionismus wurde gefährlich neu definiert – dachten wir –, durch die Begegnung der Israelis mit den biblischen Landen Judäa und Samaria und durch die Vernarrtheit in die neuen Territorien.*“ Politik und Siedler – letztere vor allem im Anfang 1974 gegründeten „*Gush Emunim*“ („*Block der Glaubenstreuen*“³¹) begannen auf die Irreversibilität der „*facts on the ground*“ hinzuwirken. Das politisch rechts stehende „Reut Institute“ in Jerusalem räumte ein, dass das Trachten nach der „*Verbesserung der Welt*“ („*Tikkun Olam*“) als Hauptgrundsatz des Zionismus und zentrale Regierungspraxis nur bis 1973 gehalten habe³².

Der jahrhundertealte Quietismus der rabbinischen Theologie – in den Worten des Jerusalemer Historikers Jakob Katz das „*Prinzip der Passivität*“ – wurde als sklavenhafte Bibelfrömmigkeit abgetan: Nur durch das Drängen auf die Erlösung in geschichtlich-messianischer Zeit könne das jüdische Volk, nunmehr in der Vereinigung von Körper und Seele³³, die göttlichen Gebote der jüdischen Souveränität über alle Teile des Landes erfüllen. Denn ohne die Heimkehr Gottes in SEIN Land könne selbst Gott nicht länger sein³⁴.

³¹ Reiner Bernstein: *Der verborgene Frieden. Politik und Religion im Nahen Osten*. Berlin 2000, Kap. III.

³² „The Reut Institute“: *21st Century Tikkun Olam: Improving the Lives of a Quarter of a Billion People in a Decade. A Global Engagement Strategy for the State of Israel and the Jewish People, Executive Summary of Conceptual Framework. Version A: Nisan 5772–April 2012*. Hervorhebung im Original.

³³ Yosef Gorny: *The State of Israel in Jewish Public Thought. The Quest for Collective Identity*. Houndmills and London, S. 157.

³⁴ Eliezer Berkovits: *Faith after the Holocaust*. New York, S. 1 + 144 f. Vgl. Deut. 30,5.

Die „*elastische Geographie*“³⁵ verbat sich jeden Kompromiss der Politik als das Werk einer exilischen Mentalität. Gegen den Vorwurf des „verdünnten Judentums“ erwies sich die frühe Warnung Martin Bubers vor einem „*horizontlosen Nationalismus*“ als unzeitgemäß: „*Die Lehmhütten der Fellachendörfer sind aus diesem Boden geschossen, die Häuser von Tel Awiw sind ihm aufgesteckt*“³⁶. „Die roten Ziegeldächer in den Siedlungen lassen daran keinen Zweifel zu.“

An die Stelle des politischen Friedens trat der Friede Gottes, der höher ist als alle menschliche Vernunft – die Aufhebung der Zwei-Reiche-Lehre zugunsten endzeitlicher Phantasien. Unter ihren Anhänger dürfte aufmerksam registriert worden sein, dass Bundespräsident Joachim Gauck im Vorfeld seines Staatsbesuchs in Israel die Vollkommenheit in der Politik bemühte, „*theologisch gesprochen, de[n] Schalom*“, während er zum Islam in Europa kritisch fragte, wo denn bei ihm die Aufklärung und die Reformation geblieben seien³⁷. Die Bemerkung wird in Israel mit Wohlwollen aufgenommen worden sein.

Im diplomatischen Alltagsgeschäft hat das Ausland Israels Interpretation von „Sicherheit“ als verteidigungspolitischer Maxime übernommen und jene bis ins konservative Lager reichenden Stimmen vernachlässigt, die etwa im Positionspapier des „Rates für Frieden und Sicherheit“ zum Ausdruck kommen: Ein Vertrag („*Agreement*“) auf der Basis der „Grünen Linie“ von 1967 mit

³⁵ Eyal Weizman: Sperrzonen. Israels Architektur der Besatzung. Hamburg 2008. Der israelische Architekt lehrt heute als Direktor am „Center for Research Architecture“ an der University of London.

³⁶ Martin Buber: Das jüdische Nationalheim und nationale Politik in Palästina, in „Der Jude und sein Judentum“. Köln 1963, S. 330 ff., und Vorwort S. X.

³⁷ „Meine Seele hat Narben“ (Interview), in DIE ZEIT 31.05.2012, S. 3 f.

vereinbarem Gebietsaustausch sei der Kontrolle des Jordantals und der Westbank insgesamt vorzuziehen³⁸.

„Was die Israelis am meisten fürchten, ist der Frieden“³⁹

Dass das Kabinett in Jerusalem inzwischen verzweifelt nach Antworten auf „*die globalen Angriff auf Israels Legitimität*“ sucht⁴⁰ und das Bekenntnis zur Formel „*zwei Staaten für zwei Völker*“ nach Brüssel übermittelt hat⁴¹, ändert nichts am Souveränitätsanspruch auf das Land zwischen Mittelmeer und Jordan und ist durch das Einreiseverbot von Repräsentanten der fünf blockfreien Staaten zu Gesprächen nach Ramallah in den vergangenen Tagen bekräftigt worden. Die Briten mögen keine Experten sein, „*doch sie sind nicht dumm*“, so Botschafter Matthew Gould in Tel Aviv⁴², um die Stimmung in der englischen Öffentlichkeit auf den Punkt zu bringen.

In den westlichen Hauptstädten hätten also die Schlussfolgerungen und Empfehlungen der von Netanjahu im Januar 2012 eingesetzten „*Commission to Examine the Status of Building in Judea and*

³⁸ So der „Rat für Frieden und Sicherheit“ in seinem Papier „Defensible Borders and Strategic Depth“ im September 2011. Der Arbeitsgruppe des Rates gehörten an Generalmajor (Res.) Shlomo Gazit, Major (Res.) Amos Lapidot, Generalmajor (Res.) Shaul Givoli, Brigadegeneral (Res.) Shlomo Brom, Brigadegeneral (Res.) Gadi Zohar, Oberst (Res.) Shaul Arieli, Generalmajor (Res.) Nathan Sharony und als Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Helit Barel.

³⁹ So der damalige Verteidigungsminister Ezer Weizman 1978/79 in Camp David, zit. bei Jimmy Carter: Keeping Faith. Memoirs of a President. Toronto et al. 1982, S. 420.

⁴⁰ „The Reut Institute“: Update: National Security & Global Affairs Task Force June 2012. Jerusalem, 07.05.2012.

⁴¹ State of Israel: Measures Taken by Israel in Support of Developing the Palestinian Economy and Socio-Economic Structure. Report of the Government of Israel to the Ad Hoc Liaison Committee (AHLIC). Brussels, March 21, 2012.

⁴² UK ambassador: Israel is Goliath, Palestinians David, in „The Jerusalem Post“ 03.08.2012.

Samaria“ unter Leitung des früheren Mitglieds des Obersten Gerichtshofs Edmond Levy höchste Alarmstufe auslösen müssen, dass nämlich

- das internationale Recht auf Israels Präsenz in Judäa und Samaria wegen der einzigartigen historischen und rechtlichen Vorläufe nicht anwendbar sei,
- die Genfer Konvention von 1949, was die Ansiedlung eigener Bevölkerungsteile angeht, aus ebenjenen Gründen auf Judäa und Samaria nicht übertragen werden könne und
- den Siedlern die Evakuierung nicht zugemutet werden könne, nachdem sie sich mit in Judäa und Samaria mit amtlichem Zuspruch niederlassen hätten, so dass es nunmehr um die Legalisierung der Wohnorte gehe⁴³.

Die schöpferische Exegese von Völkerrechtlern hatte frühzeitig Fahrt aufgenommen. Am 28. Juni 1967 übertrug die israelische Regierung die Rechtsprechung und die Administration über den Osten Jerusalems auf die Verwaltung im Westen der Stadt. Ende Februar 1968 veröffentlichte Innenminister Chaim Moshe Shapira drei Verfügungen, wonach die besetzten Gebiete nicht länger „*als feindliches Territorium*“ zu bezeichnen seien. Noch im selben Jahr veröffentlichte Yehuda Z. Blum einen Beitrag, wonach die Westbank bei Ausbruch des Junikrieges keinen Souverän gehabt habe, weil die jordanische Annexion 1950 nur von Großbritannien und Pakistan anerkannt worden sei. Für Blum stand fest, dass der „*Rechtsstandpunkt Israels in den in Frage stehenden Gebieten der eines Staates ist, der juristisch ein Gebiet kontrolliert, auf das kein*

⁴³ Bericht über den baulichen Status im Gebiet Judäa und Samaria. Jerusalem 21.06.2012 (Hebr.). Eine autorisierte englischsprachige Zusammenfassung ist unter dem Titel „The Commission to Examine the Status of Building in Judea and Samaria. Conclusions and Recommendations“ veröffentlicht worden.

*anderer Staat einen besseren Titel vorweisen kann*⁴⁴. Drei Jahre später bekräftigte ein Symposium in Tel Aviv die Ablehnung fremder Souveränitätsrechte, weil von Seiten der arabischen Staaten die förmliche Anerkennung Israels unterblieben sei.

Für Yoram Dinstein hatten sich 1967 die *„Waagschalen der Staatlichkeit [Israels] durch ein Schwert in Bewegung gesetzt*⁴⁵. Bei Meir Shamgar war das internationale Recht nicht mehr als *„eine komplexe intellektuelle Konstruktion“*, ohne dass der Autor damit die Anwendung der Genfer Konvention mit *„ihren humanitären Vorkehrungen“* ausschließen wollte⁴⁶. Shabtai Rosenne vertrat die Auffassung, dass das Recht nicht in einem Vakuum operiere, sondern in engstem Kontakt mit Fakten stehe⁴⁷. Dem Außenministerium standen mithin Modellvorlagen gegen die Behauptung zur Verfügung, bei Jerusalem und der Westbank handele es sich um besetzte Territorien. Vielmehr seien sie, so der Gegenentwurf, die Wiege der jüdischen Zivilisation.

⁴⁴ Yehuda Z. Blum: The Missing Reversioner [Der fehlende Antragsteller]: Reflections on the Status of Judea and Samaria, in „Israel Law Review“ 279(1968), S. 289 ff. Blum war damals Dozent für internationales Recht an der Hebräischen Universität und später UN-Botschafter.

⁴⁵ Yoram Dinstein: The International Law of Belligerent Occupation and Human Rights, in „Israeli Yearbook of Human Rights“ (1978). Der Autor war damals „Senior Lecturer“ an der Universität Tel Aviv.

⁴⁶ Meir Shamgar: The Observance of International Law in the Administered Territories, in „Israel Year Book of Human Rights“ 262(1971); ders.: The Observance of International Law in the Administered Territories, in John Norton Moore (ed.): The Arab-Israeli Conflict. Readings and Documents. Princeton, N.J., 1977, S. 489 ff. Shamgar wurde 1925 in Danzig geboren, war 1967 Militärgouverneur in den besetzten Gebieten, zwischen 1968 und 1975 Generalstaatsanwalt und danach Mitglied des Obersten Gerichtshofs, dessen Präsidentschaft er zwischen 1983 und 1995 innehatte.

⁴⁷ Meir Rosenne: Directions for a Middle East Settlement—Some Underlying Legal Problems, in John Norton Moore (ed.): The Arab-Israeli Conflict, a.a.O., S. 665 ff. Der Autor war Rechtsberater mehrerer Regierung.

Als König Hussein im Juli 1988 die Souveränität an der 1950 annektierten Westbank aus Zorn über Arafat an die PLO abtrat, leistete er den Palästinensern einen Bärendienst, weil der Dachorganisation die internationale Anerkennung als Rechtssubjekt fehlte. Die Proklamation des Staates Palästina vier Monate später änderte daran nichts.

Über die Krise hinaus

Einwendungen wie die von Anthony H. Cordesman, das enge Verhältnis könne nicht bedeuten, *„dass die Vereinigten Staaten einer Regierung helfen, wenn jene Regierung es versäumt, den Frieden mit ihren Nachbarn glaubwürdig zu suchen“*⁴⁸, sind in Washington und anderswo ohne die notwendige Resonanz geblieben.

Elf Jahre nach der Ermordung Yitzhak Rabins schrieb David Grossman zwischen Stolz und Verzweiflung, dass er trotz seiner religiösen Glaubensferne die Schaffung und die Existenz Israels für das jüdische Volk als ein politisches, nationales und menschliches Wunder halte:

*„Auch wenn mich viele Dinge in der Realität erzürnen und in Depressionen stürzen, auch wenn das Wunder sich in winzige Fragmente der Routine und Jämmerlichkeit, in Korruption und Zynismus auflöst, auch wenn das Land wie eine schlechte Parodie jenes Wunders aussieht, erinnere ich mich ständig an das Wunder“*⁴⁹.

⁴⁸ Anthony H. Cordesman: Israel as a Strategic Liability? „Center for Strategic & International Studies“. June 2, 2010. Der Autor ist CSIS-Direktor. Schon im April 1977 hatte der Unterstaatssekretär im State Department George W. Ball in „Foreign Affairs“ die Frage „How to Save Israel of Herself?“ gestellt.

⁴⁹ David Grossman's speech at the Rabin memorial, in „Haaretz“ 05.11.2006.

Ein erheblicher Teil der Bevölkerung Israels hat jegliches Vertrauen in die Politik verloren. Die Knesset verfügt über einen weltweit fast einmaligen Einfluss auf die Regierung. Ein Plädoyer wie jenes von Italiens Mario Monti, der Exekutive unabhängig vom Parlament mehr Entscheidungsbefugnisse einzuräumen, würde im Parlament auf heftigsten Widerstand stoßen – womit Netanjahu gegenüber der internationalen Diplomatie belegen kann, ihm seien die Hände gebunden.

Ohne den spontanen Enthusiasmus am 23. September 2011 geringzuschätzen, sind die Menschen in Palästina⁵⁰ nicht blind für den Vorrang der Machterhaltung in Ramallah, der durch einen breit angelegten Klientelismus abgesichert wird. Ungeachtet der beträchtlichen Vielfalt fehlt den Friedensgruppen auf beiden Seiten, abgesehen von ihrer politischen Zerrissenheit, die aktive zweite und dritte Generation: Hier sind sie durch Erziehung und Militärdienst sozialisiert, dort scheitert die Friedenspädagogik an Bodenenteignungen und „Trennungsmauern“, an den Schikanen an den Checkpoints und an der Verwüstung landwirtschaftlicher Flächen. Nach UN-Schätzungen wurden seit 1967 rund 700.000 Palästinenser – rund ein Sechstel der Gesamtbevölkerung – zumindest zeitweilig in Haft genommen.

Während Aaron David Miller händeringend davor warnte, für die Zwei-Staaten-Lösung das jüdische Totengebet („*Kaddish*“) zu sprechen, gewinnt bei den Palästinensern die Ein-Staat-Lösung an Gewicht, obwohl Millers Faktoren „*territoriale Enge Palästinas*“, „*Demographie*“ und „*Geographie*“ ein ertrotztes Zusammenleben nicht gewährleisten⁵¹. Aber palästinensische Fragen zu Lasten eines eigenen Staates als „*Zentrum des historischen Narrativs*“ wie jenen

⁵⁰ Ich benutze den Begriff „Palästina“ mit großer Zurückhaltung, weil er die völkerrechtliche Unebenbürtigkeit der Palästinenser kaschiert.

⁵¹ Aaron David Miller: Five Reasons Why the Two-State Solution Just Won't Die, in „Foreign Policy“ 16.07.2012.

von Rashid Khalidi und Sari Nusseibeh sind lauter geworden⁵². Dagegen läuft das binationale Narrativ für den Linguisten Noam Chomsky vom „Massachusetts Institute of Technology“ darauf hinaus, das Nachdenken über eine Zweistaatenregelung „zu verbrennen“, solange niemand eine Idee für ein gemeinsames Leben in Frieden vorweise⁵³. Würde die internationale Staatengemeinschaft die Erkundungen wie die von Eyal Weizman ernst nehmen, müsste sie als erste Konsequenz ihre Illusion über Bord werfen, dass die Transformation der palästinensischen Gebiete rückgängig zu machen sei. Am ehesten dürfte die Zukunft zwei teilsouveränen Gemeinschaften in Struktur und Prozess mit konstitutionell verankerten nationalen und kulturellen Garantien für die jüdischen Siedler in der Westbank und für die arabische Bevölkerung in Israel gehören.

Schließlich darf ein Wort zu den Beziehungen zwischen den jüdischen und arabischen Staatsbürgern Israels nicht fehlen: Sie haben sich stetig verschlechtert⁵⁴. Eine Arbeitsgruppe mit Wissenschaftlern beider Seiten vertrat im Frühjahr 2011 die Auffassung, dass die Neuordnung nicht auf die Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts verschoben werden dürfe⁵⁵.

⁵² Rashid Khalidi: *The Iron Cage: The Story of the Palestinian Struggle for Statehood*. Boston 2006; Sari Nusseibeh: *What Is a Palestinian State Worth?* Cambridge, Mass., and London, England 2006.

⁵³ Mouin Rabbani: *Reflections on a Lifetime of Engagement with Zionism, the Palestine Question, and American Empire*. An Interview with Noam Chomsky, in „*Journal of Palestine Studies*“ # 163, XLI(Spring 2012)3, S. 92 ff.

⁵⁴ „International Crisis Group“: *Back to Basics: Israel's Arab Minority and the Israeli-Palestinian Conflict*. „*Middle East Report*“ No 119, 14 March 2012. Im Einzelnen: Adalah, the Legal Center for Arab Minority Rights in Israel: *The Inequality Report. The Palestinian Arab Minority in Israel*. March 2011.

⁵⁵ *Towards Inclusive Israeli Citizenship. A New Conceptual Framework for Jewish-Arab Relations in Israel*. Points for Public Discussion. Jerusalem 2011. Die Veröffentlichung des Berichts wurde durch die Friedrich Naumann-Stiftung für die Freiheit, Jerusalem, ermöglicht.

Damit die von dem Haifaer Soziologen Sammy Smooha konstatierte „*ethnische Demokratie*“⁵⁶ Israels zum Ende kommt, ist die Behauptung nicht weit hergeholt, dass die Implementierung des Konzepts von einem Staat aller seiner Bürger zu den erstrangigen Bedingungen für eine nationale Koexistenz zwischen beiden Völkern gehört.

⁵⁶ Sammy Smooha: The Viability of Ethnic Democracy as a Mode of Conflict Management: Comparing Israel and Northern Ireland, in Todd Edelman (ed.): Comparing Jewish Societies. Ann Arbor 1997, S. 267 ff.